

Herausgeberin: Stabsstelle für Chancengleichheit, Vaduz · Gestaltung: beck grafikdesign, Triesen · Druck: Matt Druck AG, Mauren

2006

Massnahmen zur Umsetzung der Chancengleichheit 2006

Inhalt

Vorwort	3
1 Gleichstellung von Frau und Mann	4
Europarat	4
Vereinte Nationen	5
EWR – Beschlüsse und Richtlinien	6
Gewalt gegen Frauen	6
Frauen in der Arbeitswelt	7
Frauen in Entscheidungspositionen	9
Institutionelle Mechanismen zur Frauenförderung	11
Soziale Stellung der Frau	13
Aus- und Weiterbildungen	14
Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit	15
Vernetzung	17
Gender Mainstreaming	18
2 Migration/Integration	20
3 Behinderung	25
4 Europäisches Jahr der Chancengleichheit für alle (2007)	27
5 Die Stabsstelle für Chancengleichheit	28

Massnahmen zur Umsetzung der Chancengleichheit 2006

Unter dem Motto «Gleichheit, Entwicklung, Frieden» tagte 1995 in Peking die vierte Weltfrauenkonferenz, an der sich Liechtenstein verpflichtet hat, sich für Verbesserungen im Gleichstellungsbereich zu engagieren. Als Ergebnis der Konferenz ging die «Aktionsplattform von Peking» hervor. Von 1998 bis 2005 veröffentlichte die Stabsstelle für Chancengleichheit jährlich die Umsetzung der Aktionsplattform.

Wir freuen uns, Ihnen nun in einer neuen Form jährlich die Massnahmen zur Umsetzung der Chancengleichheit in Liechtenstein präsentieren zu dürfen.

2005 beschloss die Regierung die Erweiterung der Stabsstelle Gleichstellungsbüro zur Stabsstelle für Chancengleichheit. Die Aufgaben im Bereich Gleichstellung von Frau und Mann erledigt die Stabsstelle im bisherigen Umfang. Jedoch kamen als weitere Themen die Lebensbereiche Behinderung, Migration und Integration, soziale Benachteiligung und sexuelle Orientierung hinzu.

Am 8. März 2006 beschloss die Regierung den neunten Umsetzungsplan. In die Umsetzung der nationalen Strategien und Pläne sind verschiedene Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen involviert. Hauptpunkte bildeten im Bereich der Gleichstellung von Frau und Mann die Vertretung von Frauen in politischen Gremien, die Chancengleichheit im Erwerbsleben und die Vereinbarkeit von Familie und Erwerb. Im Bereich Migration und Integration von Ausländerinnen und Ausländern wurden vor allem Grundlagen erarbeitet und Aufbauarbeit geleistet. Im Bereich Behinderung wurde eine Sensibilisierungsaktion gestartet und das Behindertengleichstellungsgesetz vom Landtag verabschiedet. Im Hinblick auf das Europäische Jahr der Chancengleichheit 2007 traf die Stabsstelle für Chancengleichheit in Zusammenarbeit mit dem Amt für Soziale Dienste in diesem Jahr entsprechende Vorbereitungen.

Stabsstelle für Chancengleichheit

Europarat

Ministerinnen- und Ministerkonferenz in Schweden

Am 8./9. Juni 2006 wurde in Stockholm die 6. Minister/innenkonferenz zur Gleichstellung von Frau und Mann durchgeführt. Liechtenstein war an der Konferenz durch das Amt für Auswärtige Angelegenheiten vertreten. Die Konferenz war dem Thema «Menschenrechte und wirtschaftliche Herausforderungen in Europa» gewidmet. Das Hauptthema gliederte sich in zwei Unterthemen: «Gleichstellung als integraler Bestandteil der Menschenrechte in einer demokratischen Gesellschaft» und «Gender Budgeting». Hauptziel der Konferenz war auf höchster politischer Ebene das Bewusstsein zu wecken, dass die Ungleichbehandlung von Frauen und Männern personelle, soziale und wirtschaftliche Kosten verursacht, die höher sind als die Kosten für die Verwirklichung der tatsächlichen Gleichstellung.

Die 7. Europäische Minister/innenkonferenz über die Gleichstellung von Frau und Mann wird im Jahr 2010 stattfinden.

Kampagne zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt

Die Kampagne des Europarates wurde im November 2006 in Madrid eröffnet. Ziele der Kampagne sind: Erarbeitung von rechtlichen und politischen Massnahmen, Unterstützung und Schutz der Opfer, Erhebung von Daten und Sensibilisierungsarbeit. Für die Sensibilisierungsarbeit wurde vom Europarat Informationsmaterial erarbeitet. Alle Dokumente der Konferenz und die Informationsmaterialien sind auf der Website www.coe.int/stopviolence/intergov abrufbar.

Die Landtagsabgeordneten in Liechtenstein wurden im November 2006 durch eine Plakataktion des Vereins zum Schutz misshandelter Frauen und deren Kinder, dem Landtagssekretariat und der Stabsstelle

für Chancengleichheit auf die Problematik Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt aufmerksam gemacht.

Vereinte Nationen

Länderbericht zur UNO Frauenkonvention

Die Regierung nahm in ihrer Sitzung vom 20. Juni 2006 den dritten Länderbericht Liechtensteins zum internationalen Übereinkommen über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau vom 18. Dezember 1979 zur Kenntnis. Der Länderbericht wurde durch das Amt für Auswärtige Angelegenheiten beim UNO-Generalsekretär eingereicht.

UNO-Session

Die 50. Session der Kommission über die Stellung der Frau fand vom 27. Februar bis 10. März 2006 statt. Hauptthema der Session war die Rolle der Frau in politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen. Liechtenstein war an der Session durch die Ständige Vertretung in New York vertreten und nahm an den Verhandlungen über das Schlussdokument zur Rolle von Frauen in Entscheidungsprozessen aktiv teil. Dabei wurde insbesondere die Bedeutung der Beteiligung von Frauen auf lokaler Ebene unterstrichen. Das liechtensteinische Statement im Rahmen der allgemeinen Debatte ist auf www.newyork.liechtenstein.li abrufbar.

Die Förderung und der Schutz von Frauen sind ein zentrales Anliegen in der internationalen humanitären Zusammenarbeit Liechtensteins. Über die UNO, die OSZE und den LED (Liechtensteinischer Entwicklungsdienst) wurden auch 2006 verschiedene Frauenprojekte finanziell unterstützt.

EWR – Beschlüsse und Richtlinien

Schwerpunkte im Bereich des EWR bildeten die Vorbereitungen für das Europäische Jahr der Chancengleichheit, die Zustimmung zur Einsetzung eines Gender-Instituts und die Überprüfung der Richtlinien – (RL) 2004/113 und (RL) 2006/54 – im Hinblick auf eine Übernahme. Die Umsetzung der Richtlinie 2002/73/EG konnte 2006 durch die vom Landtag beschlossene Revision des Gleichstellungsgesetzes und des ABGB abgeschlossen werden.

Gewalt gegen Frauen

Interreg-Projekt «Grenzen überschreiten – Grenzen setzen»

Das Projekt wurde im Juli 2004 abgeschlossen. Im Rahmen des Projekts entstanden unter anderem eine Notfallkarte, die in acht Sprachen übersetzt wurde und ein Leitfaden für Angehörige bzw. Freundinnen oder Freunde gewaltbetroffener Frauen. Die Notfallkarte und der Leitfaden wurden im Jahr 2004 erstmals an öffentliche Stellen versandt. Im 2005 und auch im 2006 wurden alle öffentlichen Stellen auf die Möglichkeit der Nachbestellung aufmerksam gemacht und die beiden Produkte neu versandt.

Zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen veröffentlichte die Stabsstelle für Chancengleichheit einen Artikel in beiden Landeszeitungen.

Opferhilfegesetz

Der Landtag hat im Juni 2006 die erste Lesung zum Opferhilfegesetz durchgeführt. Die Schaffung des Opferhilfegesetzes bildet den Abschluss eines dreiteiligen Gesamtprojektes, das mit der Abänderung des

Sexualstrafrechts begonnen und seine Fortsetzung in der Revision der Strafprozessordnung im Bereich Opferschutz gefunden hat. Die Vorlage sieht vor, das Opferhilfegesetz auf zwei Säulen aufzubauen. Da es sich bei den Opfern in der Mehrzahl um Frauen handelt, stellt das Gesetzesvorhaben einen wichtigen Schritt zur tatsächlichen Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichberechtigung dar.

Statistik zu häuslicher Gewalt

Die Landespolizei erfasst seit Inkrafttreten des Wegweisungsrechts alle Meldungen von häuslicher Gewalt. Seit der Einführung des Gewaltschutzrechtes am 1. Februar 2001 wurden insgesamt 144 Interventionen durchgeführt. Davon wurde in 43 Fällen ein Betretungsverbot ausgesprochen. Im Jahr 2006 wurden 34 Interventionen notwendig. In zehn Fällen wurde ein Betretungsverbot verhängt. Die Betretungsverbote richteten sich ausschliesslich an Männer. In der Opferstatistik 2006 zeigt sich folgendes Bild: 17 Frauen waren von Gewalt betroffen; in sieben Fällen waren der Mann und die Frau von Gewalt betroffen bzw. Gewalt ausübend; vier Kinder/Jugendliche waren von häuslicher Gewalt betroffen.

Frauen in der Arbeitswelt

Finanzhilfen nach dem Gleichstellungsgesetz

Finanzhilfe nach dem Gleichstellungsgesetz wurde 2006 von einer Organisation beantragt, – die infra Informations- und Kontaktstelle für Frauen erhielt Finanzhilfe für die Beratung und Öffentlichkeitsarbeit nach dem Gleichstellungsgesetz.

Revision des Gleichstellungsgesetzes

Im Rahmen der Umsetzung der Richtlinie 2002/73/EG wurden das Gleichstellungsgesetz und Arbeitsvertragsrecht revidiert. Das Gesetz trat am 14. Juli 2006 in Kraft.

Die Revision bezog sich unter anderem auf folgende Punkte: Die Aufnahme von Definitionen zu mittelbarer und unmittelbarer Diskriminierung, zu Belästigung allgemein und zu sexueller Belästigung im Besonderen; die Beweislast erleichterung bei Belästigung und sexueller Belästigung; die Ausdehnung des Verbandsklagerechts auf Einzelpersonen und die Abschaffung von Höchstgrenzen bei Entschädigungen.

Informationskampagne «Gleichstellung lohnt sich»

Im November 2006 wurde von der Stabsstelle für Chancengleichheit gemeinsam mit der infra Informations- und Kontaktstelle für Frauen und dem LANV Liechtensteinischer Arbeitnehmer/innenverband eine Informationskampagne gestartet. Ihr Ziel ist die Sensibilisierung der Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden für das revidierte Gleichstellungsgesetz. Produkte der Informationskampagne sind: Die beiden neu aufgelegten Broschüren «Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz» und «Gleichstellung im Erwerbsleben», ein Flyer für Betriebe, Inserate in beiden Landeszeitungen sowie konkrete Fallbeispiele auf den Webseiten der infra (www.infra.li), des LANV (www.lanv.li) und der Stabsstelle für Chancengleichheit (www.scg.llv.li).

Lohngleichheit in der Landesverwaltung

Die Stabsstelle für Chancengleichheit und die Arbeitsgruppe zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Landesverwaltung beauftragten das Liechtenstein Institut (Dr. Wilfried Marxer), eine Lohngleichheitsuntersuchung in der Landesverwaltung durchzuführen. Erste Ergebnisse sind bis Anfang März 2007 zu erwarten.

Frauen in Entscheidungspositionen

Politiklehrgang für Frauen

Am dritten länderübergreifenden Politiklehrgang (Februar 2006 bis November 2006) nahmen aus Liechtenstein sieben Frauen teil. Der Lehrgang umfasste folgende Module: Persönliche Standortbestimmung, Rhetoriktraining, Einführung in die politischen Strukturen, Konfliktmanagement, PR und Medientraining, das politische System von Vorarlberg und Liechtenstein. Der vierte Lehrgang beginnt im März 2007 und wird wiederum von der Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann, der Stabsstelle für Chancengleichheit und dem Frauenreferat Vorarlberg durchgeführt.

Gemeinderatswahlen 2007

Der Frauenanteil in den Gemeinderäten beträgt seit 2003 27.4 Prozent. Die Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann strebte eine Erhöhung des Frauenanteils bei der Wahl 2007 an. Zu diesem Zweck führte die Kommission Gespräche mit den Medien und den Ortsgruppenvorsitzenden der Fortschrittlichen Bürgerpartei und der Vaterländischen Union. Inhalt der Gespräche waren u.a. die Untersuchung von Dr. Wilfried Marxer über die «Wahlchancen von Frauen in der liechtensteinischen Politik» wie auch die Nachwahlbefragung bei den Kandidatinnen der Landtagswahl 2005, durchgeführt vom Frauennetz. Zudem wurde auf Ressourcen wie die Datenbank «Frauenpool», die «Checkliste für Parteien» oder den «Politiklehrgang» hingewiesen.

Im Mai 2006 sollten Frauen über einen motivierenden Zeitungsartikel für die politische Arbeit interessiert werden. In Mauren und Schaan wurden im Juni 2006 Informationsveranstaltungen für politisch interessierte Frauen angeboten. An den moderierten Veranstaltungen nahmen die Gemeinderätinnen der jeweiligen Gemeinde sowie die

Vorsteher teil. Sie berichteten über die Gemeindegarbeit und riefen die Frauen auf, sich für ein politisches Amt zur Verfügung zu stellen.

Weiterführung des «Frauenpools»

Die Datenbank «Frauenpool» wurde im Jahr 2006 den Parteien zur Verfügung gestellt. Der Frauenpool wird laufend aktualisiert und kann auch weiterhin bei der Stabsstelle für Chancengleichheit angefordert werden. Diese Möglichkeit steht Parteien, Gemeinden, Organisationen und Verbänden offen, die Frauen in Kommissionen nominieren wollen. Auch Vereine, die auf der Suche nach Vorstandsmitgliedern sind, können auf diese Datenbank zugreifen (www.scg.llv.li).

«Frauennetzwerken» in Liechtenstein, St. Gallen und Vorarlberg

Das Projekt «Frauennetzwerken» wurde im November 2005 mit einem Vortrag von Christa Joss, Vorsitzende der Geschäftsleitung der Alternativen Bank Schweiz, gestartet. Seitdem wurden drei weitere länderübergreifende Veranstaltungen durchgeführt: Im Februar 2006 in Vorarlberg, im Mai 2006 in St. Gallen und im November 2006 in Liechtenstein. In Vorarlberg referierte Christine Bauer-Jelinek, Wirtschaftscoach und Psychotherapeutin, in St. Gallen war Improvisationstalent gefragt, da die Referentin kurzfristig ausfiel, und im November 2006 sprach die Geschäftsführerin des Hotel Schindlerhofs, Nicole Kobjoll, in Liechtenstein. Nach den Vorträgen wurde von den anwesenden Frauen die Möglichkeit des Netzwerkers rege genutzt.

Institutionelle Mechanismen zur Frauenförderung

Stabsstelle für Chancengleichheit

Schwerpunkte bildeten die Revision des Gleichstellungsgesetzes, die Vorbereitungen für das Europäische Jahr der Chancengleichheit, sowie die Jubiläumsfeierlichkeiten zu 20 Jahre Gleichstellungskommission und 10 Jahre Stabsstelle.

In den erweiterten Themenbereichen wurde von der Stabsstelle vor allem Grundlagen- und Aufbauarbeit geleistet. Die Stelle ist seit Dezember 2005 über das Landesverwaltungsportal online unter www.scg.llv.li abrufbar. Auf dem Portal werden die Aufgaben der Stelle, Projekte, Publikationen und Vernetzungen aufgeführt. Weiterhin werden die Webseiten www.3laenderfrauen.org und www.mannsbilder.li von der Stabsstelle betreut. Die «3laenderfrauen»-Webseite erhielt 2006 ein neues Erscheinungsbild.

Öffentlichkeitsarbeit wurde vor allem projektbezogen geleistet und zwar in Form von Zeitungsartikeln und Radiosendungen.

Die Stabsstelle für Chancengleichheit verfasste in Zusammenarbeit mit der Gleichstellungskommission im Rahmen der Vernehmlassungsverfahren Stellungnahmen zu folgenden Gesetzesänderungen: Revision des Invalidengesetzes, Abänderung des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal und des Beschwerdekommmissionsgesetzes und Totalrevision des Berufsbildungsgesetzes.

Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann

Die Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann wurde im Sommer 2006 neu bestellt. In der Kommission sind Martha Spiegel-Oehri, Vorsitz, FBP (bisher), Angelika Tinner-Wolf, FBP (bisher), Emerita Büchel-Foser, FPB (neu), Karin Jenny, FL (bisher), Georg Kaufmann, FL (bisher), Helen Goop, VU (bisher), Wilfried Kindli, VU (neu) und in

beratender Funktion Bernadette Kubik-Risch (Stabsstelle für Chancengleichheit) vertreten.

Schwerpunktthema der Kommission war wiederum «Frauen in politischen Gremien».

Zudem verfasste die Kommission eine Empfehlung zur Abänderung des Arbeitslosengesetzes (ALVG), da die gesellschaftlichen Strukturen in den letzten Jahren starke Veränderungen erfahren haben.

Im April 2006 übergab die Kommission dem Schulamt ein Schreiben mit Anregungen und Ideen für die Erstellung eines Schüler/innenhandbuches für den Staatskundeunterricht.

Die Kommission engagiert sich auch im Frauennetz Liechtenstein und ist in der Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten der Ostschweiz und des Fürstentums Liechtenstein vertreten.

Jubiläumsfest «20 Jahre Gleichstellungskommission und 10 Jahre Stabsstelle»

Das Jubiläumsprogramm im Juni 2006 gestalteten verschiedene Frauenorganisationen und eine Amtsstelle mit. An der Veranstaltung erhielten die Gäste als Geschenk die Broschüre «Zahlen und Fakten, Fragen und Antworten – Frauen und Männer in Liechtenstein» sowie Zuckersäckchen mit Zitaten von Frauen und Männern. Diese wurden auch an Hotels und Restaurants verteilt.

Broschüre «Zahlen und Fakten, Fragen und Antworten – Frauen und Männer in Liechtenstein»

In sieben Kapiteln wird aufgrund statistischer Daten die Situation von Frauen und Männern in Liechtenstein analysiert und kommentiert. Die Themen reichen von der Bildung über die Hausarbeit und Kinderbetreuung bis zur Politik. Die Broschüre ist bei der Stabsstelle für Chancengleichheit erhältlich.

Ständige Arbeitsgruppe zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Landesverwaltung

Die im November 2005 durch die Arbeitsgruppe gestartete Plakatkampagne «gleichgestellt entspannt sich's leichter» wurde im Februar 2006 abgeschlossen. Sie thematisierte die Vereinbarkeit von Familie und Erwerb, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz sowie Frauen in Führungspositionen.

Die Arbeitsgruppe lancierte zusammen mit der Stabsstelle für Chancengleichheit die Lohngleichheitsuntersuchung in der Landesverwaltung.

Zudem setzte sie sich mit Weiterbildungsideen zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Erwerb sowie Rollenbilder auseinander und brachte einen Vorschlag für das Weiterbildungsangebot 2007/2008 der Landesverwaltung ein.

Im Weiteren gab die Arbeitsgruppe gemeinsam mit der Stabsstelle für Chancengleichheit und der Gleichstellungskommission eine Stellungnahme zur Abänderung des Gesetzes über die Pensionsversicherung des Staatspersonals ab. Eine weitere Stellungnahme der Arbeitsgruppe und der Stabsstelle befasste sich mit dem Staatspersonalgesetz.

Soziale Stellung der Frau

Interreg-Projekt «Frauenleben 50+» in Vorarlberg, Liechtenstein und St. Gallen

Ziel des Projekts ist es, die unterschiedlichen Lebenssituationen und Bedürfnisse von Frauen und Männern im Alter ab 50 zu erkennen und entsprechende Angebote für Frauen und möglicherweise auch für Männer auszubauen bzw. anzubieten. Das Projekt dauert von Januar 2006 bis Juni 2008.

2006 konnte die geplante Studie ausgeschrieben und vergeben werden. Unter Einbezug eines Fachbeirats wird die Projektgruppe Massnahmen aus den Ergebnissen ableiten. Erste Ergebnisse sind bis Frühjahr 2007 zu erwarten.

Aus- und Weiterbildungen

Workshops für Jugendliche an weiterführenden Schulen

Unter dem Titel «Internationaler Tag der Frau – Frauen machen GeschichteN – Heldinnen – Frauen bewegen Geschichte – Frauen bewegen die Welt» führte die Stabsstelle für Chancengleichheit im März 2006 in sieben Klassen (drei Klassen der Realschulen, eine Klasse der Oberschule und drei Klassen des Gymnasiums) einen Workshop durch. Der Workshop diente der Bewusstseinsbildung junger Menschen durch das Kennenlernen historischer Frauenpersönlichkeiten. Ein weiteres Ziel war die Reflexion der Entstehungsgründe der Frauenbewegungen, die letztendlich den Weltfrauentag begründeten.

Sensibilisierung von Lehrpersonen der Unterstufen

Nach der Durchführung der Workshopreihe «Weder Rambo noch Softie» sollte die Zielgruppe Lehrpersonen der Unterstufen noch gezielter angesprochen werden. Dazu erarbeiteten die Stabsstelle für Chancengleichheit und das Schulamt das Weiterbildungsangebot «Mit Buben erfolgreich durch das Jahr». Der Kurs ist stark praxisorientiert, da er über das Schuljahr verteilt ist und laufend der Arbeit im Unterricht angepasst werden kann.

Sensibilisierung von Primarschülerinnen und Primarschülern

Der Verein Netzwerk führte an jeweils einem Tag an der Primarschule Eschen und Schaan das Projekt «Starke Jungs – Ideale Frauen» durch. Das Projekt wurde durch die Stabsstelle für Chancengleichheit finanziell unterstützt.

Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit

Chancengleichheitspreis 2006

Am 8. März wurden die Gewinnerinnen und Gewinner des Chancengleichheitspreises 2006 ausgezeichnet. Das Ressort für Familie und Chancengleichheit verlieh den Anerkennungspreis zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann zum siebten Mal. Die Ausschreibung richtet sich alle zwei Jahre abwechselnd an Organisationen bzw. private Initiativen/Einzelpersonen oder an Unternehmen in Liechtenstein.

Im Jahr 2006 bewarben sich vier Organisationen um den Anerkennungspreis. Den ersten Preis, einen zweckgebundenen Barpreis in der Höhe von 20.000 Franken, erhielt das Projekt «Familien-ManagerInnen – Unterwegs zur Anerkennung», der infra Informations- und Kontaktstelle für Frauen in Schaan. Ein Anerkennungspreis mit 3000 Franken bzw. 2000 Franken ging an das Projekt «deine – meine = unsere Sprache» des Vereins Kindertagesstätten Liechtenstein sowie an das Projekt «Chancengleichheit an der Hochschule» der Kommission für Chancengleichheit der Hochschule Liechtenstein.

Interpellationsbeantwortung betreffend Familie und Beruf

Am 20. September 2006 reichten die Abgeordneten Andrea Matt und Paul Vogt eine Interpellation mit dreizehn Fragen zu Familie und Beruf in Liechtenstein ein. Die Koordination der Interpellationsbeantwortung

oblag dem Ressort Familie und Chancengleichheit und wurde von der Stabsstelle für Chancengleichheit ausgeführt. Die Interpellationsbeantwortung Nr. 113/2006 der Regierung an den Landtag kann unter www.bua.llv.li direkt aufgerufen werden.

Tagesschulstrukturen und ausserhäusliche Betreuung

Auf die Befragung hinsichtlich des Bedarfs an Tagesschulstrukturen erliess die Regierung Empfehlungen an die Schulleitungen und an die Gemeinden. Die Empfehlungen betreffen den Ausbau der Hausaufgabenhilfe/Lernbegleitung, die Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund, die Unterstützung Alleinerziehender oder bei Berufstätigkeit beider Eltern. Zudem werden auf das Schuljahr 2007/2008 zwei Tagesschulen bzw. Teil-Tagesschulen an bestehenden Schulstandorten eingerichtet werden.

Projektgruppe «MannsBilder»

Die Stabsstelle für Chancengleichheit ist Koordinations- und Administrationsstelle für die Projektgruppe «MannsBilder». Zentrales Thema war im vergangenen Jahr das Thema Scheidung und die gemeinsame Obsorge. In diesem Zusammenhang wurde im September 2006 zu einem Hearing eingeladen. An diesem nahmen teil: Das Amt für Soziale Dienste, das Eltern Kind Forum, die Fortschrittliche Bürgerpartei, die Freie Liste, die infra Informations- und Kontaktstelle für Frauen, der Berufsverband der Psychologinnen und Psychologen Liechtenstein und eine Rechtsanwaltskanzlei. «MannsBilder» hat sich entschieden, sich in dieser Frage zukünftig vor allem auf die sozial-gesellschaftlichen Aspekte des Themas zu konzentrieren. Auch wird weiterhin eine externe, unentgeltliche Rechtsberatung für Männer angeboten werden.

Das Projekt «Vätertag» läuft seit September 2004 und wurde mittlerweile in Betrieben dreimal und an Schulen und Kindergärten

zweimal angeboten. Für eine Auswertung wurden Ende 2006 rund 300 Betriebe und alle Schulen und Kindergärten angeschrieben. Die Auswertung ist bei der Stabsstelle für Chancengleichheit erhältlich.

Vernetzung

Treffen auf Regierungsebene

Am 3. Juli 2006 trafen sich auf Einladung von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck die Regierungsmitglieder der Nachbarländer zu einem Gedankenaustausch. Es wurde die Gleichstellungspolitik der einzelnen Länder diskutiert und es wurden mögliche gemeinsame Projekte besprochen. Neben Vorarlberg und St. Gallen war das erste Mal Graubünden vertreten. Zudem wurde beschlossen, dass auch Appenzell Ausserrhoden zum nächsten Treffen auf Regierungsebene eingeladen werden soll.

Frauennetz Liechtenstein

Im Frauennetz sind derzeit 18 Organisationen vertreten. Die Aktivitäten standen 2006 ganz im Zeichen von «DemoGrazia», dem Preis für Zivilcourage. Im Oktober wurde der Preis erstmals vergeben. Der Jury wurden vom Frauennetz acht Nominierungen vorgelegt. Erste Preisträgerin wurde die Arbeitsgruppe Schwangerschaftskonflikte. Der Publikumpreis ging an Gerda Bicker für ihr Engagement im fairen Handel und Umweltschutz. Das Frauennetz Liechtenstein hat gemeinsam mit der Revitrust AG und der Hochschule Liechtenstein die Trägerschaft und die Vorbereitung der nächsten Preisverleihung für das Jahr 2009 übernommen. Auch im vergangenen Jahr wurde der «Internationale Tag der Frau» vom Frauennetz veranstaltet.

Vor der Fussballweltmeisterschaft in Deutschland publizierte das Frauennetz zudem in den Landeszeitungen eine Stellungnahme gegen die Zwangsprostitution an Grossanlässen. Einige Mitglieder des Frauennetzes veröffentlichten auch einen Leserinnenbrief zur Einbürgerungspraxis über die Gemeinden, die zunehmend von vielen als unhaltbar empfunden wird.

Vernetzung länderübergreifend

Die Stabsstelle für Chancengleichheit ist Mitglied der Gleichstellungskonferenz der Ostschweizer Kantone und des Fürstentums Liechtenstein. An der Eidgenössischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten nahm die Stellenleiterin an der Herbstkonferenz teil. Enge Vernetzungen im Rahmen von Projekten werden auch mit dem Frauenreferat Vorarlberg, den Gleichberechtigungstellen Graubünden, Appenzell Ausserrhoden und St. Gallen gepflegt.

Gender Mainstreaming

Lenkungsausschuss Gender Mainstreaming

Der Lenkungsausschuss begleitete und unterstützte 2006 die Stellen der Verwaltung, welche sich am «3Länder-Gender»-Projekt beteiligten.

Interreg-Projekt «3Länder-Gender»

Das dreijährige Projekt konnte 2006 abgeschlossen werden. Die Strategie von «3Länder-Gender» bestand darin, die grenzüberschreitende Sensibilisierung durch konkrete Umsetzungsbeispiele zu Gender Mainstreaming zu fördern, ein entsprechendes Netzwerk an Trainerinnen und Trainern sowie Experten/innen aufzubauen, eine Datenbank für Materialien zur Umsetzung von Gender Mainstreaming zur Verfügung

zu stellen (www.laendergender.org) sowie grenzübergreifende Veranstaltungen zu organisieren.

Am 13. Januar 2006 wurden an der Tagung «Länderübergreifendes Gender Mainstreaming in Politik und Verwaltung» Umsetzungsbeispiele vorgestellt. An der Veranstaltung nahmen rund 90 Personen aus Regierungskreisen und Führungspositionen teil.

Im September 2006 konnte die Broschüre «Ländergender – Beispiele für die Umsetzung von Gender Mainstreaming in den Verwaltungen von Liechtenstein, St. Gallen und Vorarlberg» realisiert werden. Die Broschüre ist bei der Stabsstelle für Chancengleichheit erhältlich.

Gleichstellungscontrolling

Das Amt für Berufsbildung stellte sich als erstes Pilot-Amt zur Einführung des Gleichstellungscontrollings zur Verfügung. Die Regierung nahm im April 2006 den ersten Zwischenbericht zur Kenntnis. Es wurde vorgeschlagen, dass das Amt für Berufsbildung ein Gleichstellungsziel in den Leistungsdialog 2006/2007 aufnimmt. Im Weiteren wurde die Stabsstelle für Chancengleichheit und das Amt für Personal und Organisation beauftragt, der Regierung ein zweites Pilot-Amt vorzuschlagen. Im November 2006 wurde mit dem Amt für Umweltschutz das Analyse-Interview durchgeführt.

Koordination

Seit Oktober 2005 ist bei der Stabsstelle für Chancengleichheit der Bereich Migration/Integration mit einer Fachperson (60 Prozent) besetzt. Diese ist zwecks Koordination der verwaltungsinternen Integrationsbestrebungen in der Arbeitsgruppe gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit und in der nationalen Koordinationsgruppe der Jugendkampagne des Europarats «alle anders – alle gleich» vertreten. Sie führt die Geschäfte der Kommission für Chancengleichheit und hat den Vorsitz der Projektgruppe zum Integrationsgesetz inne.

Kommission für Chancengleichheit

Die Kommission für Chancengleichheit traf sich im Jahr 2006 zu vier Sitzungen. Im Februar legte sie der Regierung den Entwurf eines Leitpapiers zur Integration vor. Aufgrund der Kommentare und Anregungen der Regierungsmitglieder wurde das Papier im Herbst 2006 überarbeitet und anfangs Februar 2007 in Form eines Grundsatzpapiers und eines Handlungskonzepts der Regierung erneut zur Kenntnis gebracht.

Das Grundsatzpapier enthält integrationspolitische Leitgedanken, formuliert das Ziel der Integrationsbemühungen sowie integrationspolitische Grundsätze wie jenen des «Förderns» und «Forderns». Im Handlungskonzept werden acht gesellschaftliche Bereiche beschrieben, in denen kurz- oder auch längerfristig integrationspolitische Massnahmen zu setzen sind. Es sind dies die Bereiche: Religion und Kultur, Erziehung/Bildung/Schule, Wirtschaft/Arbeitsmarkt, Wohnen/Wohnumfeld, Familie/Soziales/Gesundheit, Information und Kommunikation, Selbstorganisation und Politische Mitwirkung.

Projektgruppe Integration

Koordinierend tätig ist die Stabsstelle auch in der Projektgruppe zum Integrationsgesetz. Diese Gruppe begleitet die vom Ressort Inneres

vorgenommene Revision des Landesbürgerrechts sowie die vom Ressort Präsidium unter Federführung des Ausländer- und Passamtes durchzuführende Erarbeitung des neuen Ausländergesetzes. Die Gruppe hat die Aufgabe, die beiden Gesetzesvorhaben unter dem Aspekt der Integration zu beurteilen und der Regierung Bericht zu erstatten.

Jugendkampagne «alle anders – alle gleich»

Liechtenstein beteiligte sich im Jahr 2006 an der zum zweiten Mal durchgeführten Jugendkampagne des Europarats «alle anders – alle gleich». An der Kampagne, die ihren Fokus auf Vielfalt, Menschenrechte und Jugendpartizipation legte, nahmen folgende Projektpartner/innen teil: der Verein Nudos mit dem Projekt «Liechtenstein geht fremd», die Gruppe Colorida mit einer Petition und Veranstaltung gegen Rechtsradikalismus, der Verein Liechtensteiner Jugendarbeiter/innen (VLJ) mit dem «Newcomer»-Konzert, die Bocciagruppe von Special Olympics mit einem zweitägigen Boccia-Anlass und die Primarschule Ruggell mit dem Musical «König der Löwen». Die Kampagne, welche vom Amt für Soziale Dienste und der Stabsstelle für Chancengleichheit koordiniert wurde, wird in Liechtenstein im Februar 2007 mit einer öffentlichen Prämierung der Projekte abgeschlossen.

Plakatkampagne «Ohne Ausgrenzung»

Zusammen mit der Arbeitsgruppe gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus führte die Stabsstelle für Chancengleichheit die von der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus freundlicherweise zur Verfügung gestellte Kampagne «Ohne Ausgrenzung» in Liechtenstein durch. Die Kampagne zielte darauf ab, die Öffentlichkeit auf Situationen aufmerksam zu machen, in denen sich Menschen anderer Religion, Hautfarbe oder Herkunft in ihrer Würde verletzt fühlen. Sie wurde am 20. März 2006 mit einer Pressekonferenz eröffnet und

dauerte bis Mitte April 2006. Es wurden in allen Gemeinden Strassenplakate ausgehängt und eine Plakataktion in den Postautos, in Schulen, wie auch in den Verwaltungen der Gemeinden und des Landes durchgeführt. Zudem wurden Postkarten an öffentliche Stellen sowie an alle weiterführenden Schulen verteilt.

Arbeitskreis Integration

Im November 2006 traf sich unter dem Vorsitz der Stabsstelle für Chancengleichheit erstmals der Arbeitskreis Integration. Für die Mitarbeit im Arbeitskreis Integration wurden alle Ausländer/innenvereine und Nichtregierungsorganisationen eingeladen, die sich mit dem Thema Integration befassen. Ein erstes gemeinsames Projekt stellt die Pressekampagne «In Liechtenstein daheim» dar, die im Rahmen des Europäischen Jahres der Chancengleichheit 2007 realisiert werden soll.

Gruppe Colorida

Die Stabsstelle für Chancengleichheit begleitet gemeinsam mit der Informationsstelle aha – Tipps und Infos für junge Leute – eine Gruppe von Jugendlichen, die sich gegen Rechtsradikalismus und Rassismus einsetzen. Im Oktober 2006 überreichte die Gruppe zuhänden des Landtags eine Petition mit über 1000 Unterschriften, in welcher eine Verschärfung der Anti-Rassismusklausel (§ 283 StGB) gefordert wird.

Besuche bei Amtsstellen und Nichtregierungsorganisationen

Ab November 2005 wurden Amtsstellen und Nichtregierungsorganisationen, die im Bereich Migration und Integration tätig sind, besucht. Ziel dieser Besuche war es, Schnittstellen zu erkennen, Ansprechpersonen kennen zu lernen sowie eine mögliche Zusammenarbeit zu diskutieren.

Finanzielle Unterstützung

Die Stabsstelle für Chancengleichheit unterstützte das Filmprojekt «Ausländische Kinder in einer Deutschklasse» sowie den vom marokkanischen Verein organisierten Vortrag «Islam und Okzident» mit einem finanziellen Beitrag. Auch die Arbeitsgruppe gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sowie das Ausländer- und Passamt leisteten finanzielle Hilfe im Integrationsbereich. Die Arbeitsgruppe unterstützte ein Gewaltpräventionsprojekt von People's Theater, das von den liechtensteinischen Kindertagesstätten entwickelte Projekt «deine – meine = unsere Sprache» sowie konzeptionelle Vorarbeiten zur Anpassung des interaktiven Lehrmittels «lerne FL kennen» an die Bedürfnisse von Zugewanderten, die nicht deutscher Muttersprache sind. Das Ausländer- und Passamt unterstützte das vom Verein für interkulturelle Bildung (ViB) lancierte Projekt «MaKi-Deutsch» (Deutsch für Mutter und Kind) sowie die ebenfalls vom ViB angeregte Konzepterstellung für Integrationskurse.

Migration von A bis Z

Für die vom Liechtensteinischen Landesmuseum anlässlich der Souveränitätsfeierlichkeiten herausgebrachte Publikation «Das Fürstentum Liechtenstein, 1806–2006» schrieb Veronika Marxer einen Beitrag mit dem Titel «Migration von A bis Z». Es handelt sich um einen Überblick über die Themen Migration und Integration in Liechtenstein.

DaZ Unterricht

Der Intensivkurs Deutsch als Zweitsprache (IK DaZ) sowie der Zusatzunterricht Deutsch als Zweitsprache (DaZ) sind Teil des schulischen Ergänzungsunterrichts. Der Ergänzungsunterricht (EGU) ist ein heil- bzw. sonderpädagogisches Angebot für Kinder, die aufgrund ihrer Fertigkeiten und Fähigkeiten in Ergänzung zum Regelunterricht in der

Klasse zusätzlicher Förderung bedürfen. DaZ wird auf allen Schulstufen und in allen Schularten erteilt, sofern notwendig. Im laufenden Schuljahr 2006/07 werden 677 Kinder und Jugendliche aus 32 verschiedenen Nationen unterrichtet.

Arbeitsgruppe zur Integration von Muslimen

Die seit Mai 2004 unter dem Vorsitz des Ausländer- und Passamt tagende Arbeitsgruppe zur Integration von Muslimen traf sich im Jahr 2006 zu sechs Sitzungen. Sie behandelte schwerpunktmässig folgende Themen: islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache für Kinder auf der Primarschulstufe, finanzielle Unterstützung der Muslime in Liechtenstein, letzte irdische Ruhestätte für Muslime, Räumlichkeiten für die Religionsausübung der Muslime in Liechtenstein, Dachverband der Muslime in Liechtenstein.

Das Gesetz über die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen

Am 25. Oktober 2006 verabschiedete der Landtag das Behindertengleichstellungsgesetz, das seit dem 1. Januar 2007 in Kraft ist.

Das Gesetz sieht ein allgemeines Diskriminierungs- und Belästigungsverbot von Menschen mit Behinderungen vor. Auch bestehen Vorschriften zum Schutz vor Diskriminierung in der Arbeitswelt. Des Weiteren werden namhafte Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen insbesondere in den Bereichen von Bauten, Anlagen und Verkehrswegen, Verkehrsanlagen sowie im Bereich des öffentlichen Verkehrs angestrebt. Mit der Schaffung des Gesetzes wurde auch vorgesehen, eine Organisation mit Aufgaben zur Förderung der rechtlichen und faktischen Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen zu betrauen. Zur Umsetzung des Gesetzes wurde beschlossen, mit dem Liechtensteiner Behindertenverband einen Leistungsvertrag einzugehen.

Sensibilisierungskampagne – Zeitungsseite «mittendrin»

Im November 2006 startete die Stabsstelle für Chancengleichheit eine Sensibilisierungskampagne zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen. Ziel der Kampagne ist die Sensibilisierung der Bevölkerung für verschiedene Behinderungsarten. Unter der Federführung der Stabsstelle für Chancengleichheit wurde ein 10-köpfiges Redaktionsteam gebildet, das vorwiegend aus Menschen mit einer Behinderung besteht. Das Redaktionsteam veröffentlicht alle zwei Monate eine Zeitungsseite mit dem Titel «mittendrin» und will so die Bevölkerung auf die Anliegen, Bedürfnisse und Wünsche von Menschen mit Behinderungen sensibilisieren. Am 6. November wurde die Projektidee sowie die gesamte Gruppe in einer Medienkonferenz vorgestellt. Am 9. November 2006 erschien die erste Seite mit dem Titel «mittendrin und doch draussen» und im

Dezember wurde eine spezielle Weihnachtsausgabe herausgegeben. Dabei schilderten verschiedene Menschen mit Behinderungen wie sie Weihnachten erleben oder wie sich die Weihnachtszeit durch ihre Behinderung verändert hat.

Integration von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsprozess

Mit Regierungsbeschluss von 26. April 2006 wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die bis Mitte September 2006 eine Bestandesaufnahme der Möglichkeiten zur verbesserten Integration von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsprozess erarbeitete. Die Arbeitsgruppe wurde vom Ressort Soziales geleitet. Einsitz in der Arbeitsgruppe hatten das Ressort Wirtschaft, das Amt für Volkswirtschaft, die Berufsberatungsstelle, das Amt für Gesundheitsdienste, die AHV-IV-FAK-Anstalten, die Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer, die Gewerbe- und Wirtschaftskammer, der liechtensteinische Arbeitnehmer/innenverband, das Amt für Soziale Dienste, der Bankenverband und die Stabsstelle für Chancengleichheit.

Eine von der Arbeitsgruppe lancierte nicht-repräsentative Umfrage bei den mehrheitlich grösseren Arbeitgeberbetrieben ergab, dass ca. 1.5 Prozent der Beschäftigten Menschen mit Behinderungen oder Leistungseinschränkungen sind.

Das Ressort Soziales wurde unter Einbezug der Stabsstelle für Chancengleichheit im Oktober 2006 beauftragt, folgende Empfehlungen der Arbeitsgruppe zu prüfen: Schaffung einer zentralen Anlaufstelle für Menschen mit Behinderungen und für Arbeitgeberbetriebe sowie die Entwicklung von Massnahmen im Bereich der Früherfassung und Schaffung einer Coaching-Struktur für Arbeitgeberbetriebe für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen.

Liechtenstein beteiligt sich am Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle. Das Europäische Jahr will die Botschaft verbreiten, dass alle Menschen Anspruch auf Gleichbehandlung haben, unabhängig von Geschlecht, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Ausrichtung.

Ziele sind:

Das Bewusstsein schärfen für das Recht auf Gleichbehandlung bzw. Nichtdiskriminierung und Sensibilisieren für das Problem der Mehrfachbehinderung;

eine Debatte anregen über Möglichkeiten, die gesellschaftliche Teilhabe von Gruppen zu stärken, die Opfer von Diskriminierung sind sowie eine ausgewogene Teilhabe von Frauen und Männern fördern;

Vielfalt und Gleichheit fördern und würdigen;

den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern.

Die Aktionen zur Verwirklichung der Zielsetzungen umfassen: Zusammenkünfte und Veranstaltungen, Informations-, Förder- und Erziehungskampagnen sowie Erhebungen und Studien auf nationaler und europäischer Ebene.

Die Stabsstelle für Chancengleichheit ist gegenüber der EU die nationale Koordinationsstelle, auf Landesebene sind es die Stabsstelle und das Amt für Soziale Dienste. Im Oktober 2006 wurde eingeladen, Projekte für das EU-Jahr einzureichen. Insgesamt haben acht Organisationen Projekte aus den Bereichen Gender, Behinderung, Herkunft und Religion eingereicht. Vom Amt für Soziale Dienste und der Stabsstelle wurden zehn weitere Projekte eingereicht, – insgesamt beteiligt sich Liechtenstein mit 18 Projekten.

2006 haben sich 197 Personen an die Stabsstelle für Chancengleichheit gewandt. Dabei waren 90 Anfragen von Privaten, 79 von Organisationen und 28 aus der Landesverwaltung.

Das Team

Bernadette Kubik-Risch

Stellenleiterin und Ansprechpartnerin für die Gleichstellung von Frau und Mann, Behinderung, Sexuelle Orientierung

Nina Schwarzkopf-Hilti

Stellvertretende Leiterin und Ansprechpartnerin für die Gleichstellung von Frau und Mann

Veronika Marxer

Ansprechpartnerin für Migration/Integration und Soziale Benachteiligung



Veronika Marxer, Bernadette Kubik-Risch, Nina Schwarzkopf-Hilti

Stabsstelle für Chancengleichheit

Äulestrasse 51

FL-9490 Vaduz

Tel. +423 236 60 60

Fax +423 236 65 60

info@scg.llv.li

www.scg.llv.li

Öffnungszeiten

Termine nach Vereinbarung

